

## **Flüchtlingsfonds: 6000 € pro Person für freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten**

Die EU-Staaten steuern weltweit zur so genannten „Neuansiedlung“ von Flüchtlingen viel weniger bei als etwa die Vereinigten Staaten, Australien oder Kanada. Geht es nach einem vom Parlament geänderten Gesetzesentwurf, sollen Mitgliedstaaten nun bis zu 6000 € pro Person für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten erhalten. Außerdem billigen die Europaabgeordneten die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen.

Die EU hat 2008 nur 6,7% der weltweiten Neuansiedlung von Flüchtlingen übernommen (4378 Personen). Momentan beteiligen sich nur zehn EU-Mitgliedstaaten beständig an einem Neuansiedlungsprogramm. Andere Länder stellen vor allem in Notfällen Plätze zur Verfügung, wie etwa Deutschland, das vor kurzem zusagte, 2500 von Syrien und Jordanien kommende irakische Flüchtlinge aufzunehmen.

Um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, sich an der Neuansiedlung zu beteiligen, schlagen die Abgeordneten eine Unterstützung von 6000 € pro neu angesiedelter Person im ersten Jahr, 5000 € im zweiten Jahr und 4000 € für die darauffolgenden Jahre vor. Der zusätzliche Betrag der ersten beiden Jahre soll in die Entwicklung eines nachhaltigen Neuansiedlungsprogramms investiert werden.

Für das Neuansiedlungsprogramm sollen einige Prioritätskategorien gelten, über die sich Parlament und Rat jedoch uneins sind. Die EU-Abgeordneten wollen Kinder und Frauen, denen Gewalt oder Ausbeutung droht, unbegleitete Minderjährige, Personen, die umfangreiche medizinische Betreuung benötigen und Überlebende von Gewalt und Folter vordringlich behandeln. Der Rat hingegen möchte die Prioritäten in Bezug auf die geografische Herkunft und der Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge setzen.

Das Parlament hat den entsprechenden Bericht von Rui TAVARES (VEL/NGL, Portugal) zum "Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013" am Dienstag mit 512 Ja-Stimmen bei 81 Ablehnungen und 7 Enthaltungen angenommen.

### **Errichtung eines Büros zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in Asylfragen**

Das Parlament hat darüber hinaus den Bericht der britischen Abgeordneten Jean LAMBERT (Grüne/EFA, Vereinigtes Königreich) über die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen in zweiter Lesung angenommen. Das Büro, das in La Valletta auf Malta errichtet werden soll, wird fachkundige Unterstützung für Mitgliedstaaten bereitstellen und darauf achten, dass nationale Behörden verstärkt zusammenarbeiten. Überdies wird es besonders stark betroffene Mitgliedstaaten administrativ unterstützen. Das Parlament und der Rat haben sich in zweiter Lesung darauf geeinigt, das Büro zu beauftragen, den Informationsaustausch über Neuansiedlungsaktionen der Mitgliedstaaten zu koordinieren.

### **Interview mit Jean Lambert: Grünes Licht für neues EU-Asylbüro**

Über 250.000 Menschen haben 2008 in der EU um Asyl angesucht. Zum Nachteil

der Antragsteller gibt es momentan gleich viele Asylsysteme wie Mitgliedstaaten. Um dies zu ändern, haben die Europaparlamentarier am Dienstag der Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen zugestimmt. In La Valletta auf Malta soll das Büro „den Mitgliedstaaten helfen, ihre Standards zu erhöhen, damit schutzbedürftige Menschen fairer behandelt werden“, erklärt Berichterstatterin Jean Lambert.

*Frau Lambert, warum braucht die EU ein Unterstützungsbüro für Asylfragen und was wird es genau tun?*

Die EU braucht das Büro, weil sich Asylgesetze und Asylrichtlinien von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat stark unterscheiden – von Systemen, die fast nie den Asylstatus anerkennen bis hin zu sehr gut funktionierenden und kompetenten Systemen. Die Idee hinter dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen ist es, den Mitgliedstaaten zu helfen, ihre Standards zu erhöhen, damit schutzbedürftige Menschen fairer behandelt werden. Deshalb ist es so vordringlich, und für einige Länder, die den Zuwanderungsdruck besonders spüren, ist es wichtig zu wissen, dass sie unterstützt werden und dass ihre Probleme ernst genommen werden.

*Ein Beispiel: Die statistische Chance eines Irakers in der EU Asyl zu bekommen variiert von 71 % bis zu 2 %, je nach dem, wo er seinen Antrag stellt. Wird die Einrichtung des Büros ausreichen, um derart unterschiedlichen Asylpraktiken anzugleichen?*

Das Büro selbst wird sicher nicht genug sein, aber es wird helfen. Eine seiner spezifischen Aufgaben wird es sein, standardisierte Informationen über Herkunftsländer bereitzustellen.

Wenn Mitgliedstaaten dann Entscheidungen über Menschen treffen aus Ländern, bei denen es heute sehr unterschiedliche Anerkennungsquoten gibt - etwa im Falle des Iraks oder auch Tschetschenien – , sollen die Leute zukünftig fühlen, dass sie fair behandelt werden, und nicht nur anhand von politischen Gegebenheiten im betroffenen Mitgliedstaat.

*Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen wird auf Malta errichtet, was vielleicht symbolhaften Charakter haben soll. Glauben Sie, dass dies den Blickwinkel verändern wird, und vielleicht auch die Last der kleineren Staaten an den Außengrenzen vermindern kann?*

Ich glaube, wir müssen sehr vorsichtig sein, damit das Büro nicht von der maltesischen Situation vollkommen vereinnahmt. Wir wissen, dass Malta unter starkem Druck steht und sehr unterschiedliche Leute anzieht, Asylwerber oder nicht. Malta hat viel in sein eigenes Asylsystem investiert und war sehr interessiert an dem Projekt.

Teilweise dient es als Symbol dafür, den Leuten auf Malta zu zeigen, dass sich die EU mit ihnen solidarisiert. Dennoch ist es ein Asylbüro für die gesamte Europäische Union.

*Sie haben mit dem Rat über die Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen verhandelt. Ist das Ergebnis für das Parlament zufriedenstellend?*

In einer Verhandlung bekommt man nie alles, was man will. Es stimmt, dass wir bei manchen Themen gerne eine stärkere Rolle des Parlaments gesehen hätten.

Wir hätten das Büro lieber in einer Überwachungsrolle als in einer Unterstützungsrolle gesehen. Die Mitgliedstaaten zogen aus bestimmten Gründen

ein "Unterstützungsbüro" vor. Aber zumindest fanden wir, dass man mit der schwedischen Ratspräsidentschaft wirklich verhandeln konnte.

Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS)

Witzlebenstr. 30a

D-14057 Berlin

Fon +49 / 30 / 32 60-25 90

Fax +49 / 30 / 32 60-25 92

Spendenkonto 6000 401 020

Pax-Bank BLZ 370 601 93

[www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de](http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de)